

Er scheint wöchentlich 3 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Postanstalten und Buch-
handlungen des In- und
Auslandes an.
Fiktional-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
C. A. Schneider,
58 S. Market str. corn.
Madison str. Chicago, Ill.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 Sgr., für die übrigen
deutschen Staaten 16 Sgr.
pro Quartal,
pro Monat 6 Sgr.
für Leipzig und Umgegend
pro Quartal 17 1/2 Sgr.,
incl. Bringerlohn.
Für Leipzig nehmen Be-
stellungen an: die Expedition
(Seigerstr. 44) — J. Müller
(Bayerscherstr. 8b, IV.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 55. Sonntag, 6. Juli. 1873.

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

I. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.

II. Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

- 1) Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
- 2) Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
- 3) Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
- 4) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
- 5) In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
- 6) In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinigung gestattet, als Zweig der internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

- 1) Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.
- 2) Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Berufungsbefugnis) durch das Volk.
- 3) Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.
- 4) Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
- 5) Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche.
- 6) Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
- 7) Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachwerbergerichte, Einführung des mündlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
- 8) Abschaffung aller Press-, Vereins- und Koalitionszense; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der durch die Nacht- und Arbeitsausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Konkurrenz.
- 9) Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.
- 10) Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Zur Festungshaft in Hubertusburg.

Von Parteigenosse Weilhof, welcher am 26. d. M. Hubertusburg verlassen, nachdem er drei Monate Festungshaft verbüßt, geht uns ein Altkleid zu, das wir, ebensowohl im Interesse unserer gefangenen Parteigenossen wie zur Charakterisierung des in Sachsen herrschenden Systems, hiermit veröffentlichten. Dieses Altkleid ist eine Beschwerde, welche Weilhof in Gemeinschaft mit seinem gefangenen Kollegen Diege über die Verpflegung der Festungsgefangenen an das Ministerium des Innern gerichtet hatte, nachdem früher schon mehrere andere der Festungsgefangenen in ähnlicher Weise vorgegangen waren. Das Schriftstück, das für sich selbst spricht, lassen wir hier wörtlich folgen.

An das hohe königliche Ministerium des Innern zu Dresden.

Beschwerde der Festungsinhaftierten Diege und Weilhof.

Nachdem wir, die ergebenst Unterzeichneten, seit länger als einem Monat bereits hier inhaftiert sind und die Beschaffenheit der Verpflegung hauptsächlich kennen gelernt haben, sehen wir uns genötigt, wegen der schlechten Beschaffenheit der Kost, womit hier anständige Menschen traktiert werden, bei dem hohen Ministerium vorstellig zu werden und um eine menschenwürdige, die Existenz der Gefangenen ermöglichende Kost zu bitten.

Das gegenwärtig hier den Festungsgefangenen verabreichte Essen, und zwar sowohl die Morgen- und Abendsuppen wie das Mittagessen, ist in einem Zustande und von einer Mache, daß nur Menschen, die in ihren physischen Bedürfnissen hart auf der Stufe angekommen sind, wo sie mit dem Vieh konkurrieren, es genießen können. Die Suppen bestehen in einer widerlichen, zwischen Brei und Suppe die Mitte haltenden Masse, ohne eine Spur von Fett, jeden Geschmacks barm, sie kommen in ihrer Beschaffenheit und ihrem Geruch in Wasser angemachtem Brodmehlkleister am nächsten. Ähnlich ist es mit dem sogenannten Mittagessen. Auch

hier mangelt jede Spur von Fett und Gewürze, alles ist in Wasser gelocht, ein Fettzange nicht mit der Loupe zu entdecken. Fleisch ist ebenfalls nicht darin, wir haben solches, seitdem wir hier sind, überhaupt nur ein Mal, und zwar am ersten Ostersiertag, erhalten. Es soll, wie uns von unseren Mitgefangenen versichert wurde, im ganzen Jahr nur vier oder fünf Mal verabreicht werden. Allerdings sagte man uns, daß die wöchentlich gewöhnlich zwei Mal im Mittagessen erscheinenden „Machsel“ ebenfalls Fleisch vorstellen sollen; diese Machsel sind aber von solcher Beschaffenheit, daß sie das Essen nur noch widerlicher und unappetitlicher machen.

Dieser Art ist das Essen, das Festungsgefangenen, d. h. Männern, die sich keines unehrenhaften Vergehens schuldig gemacht haben, vorgelegt wird. Sie werden mit den weiblichen Korrekzionären der Anstalt — einer Menschenklasse, die als die verkommenste und elendeste allseitig angesehen wird — in Bezug auf die Verpflegung, vollkommen gleichgestellt. Das ist so entwürdigend für uns, daß wir darüber nur unsere tiefste Entrüstung aussprechen können. In Bezug auf das Essen herrscht hier eine Behandlung der Gefangenen, wie sie selbst im Gefängnis und Zuchthaus nicht geübt wird, denn dort ist das Essen notorisch besser.

Allerdings ist dem Gefangenen gestattet, sich selbst zu beköstigen, aber um das zu dürfen, muß der Gefangene erst, laut Reglement, monatlich 2 1/2 Thaler für die Zelle und 1 1/2 Thaler für die Verpflegung des Essens bezahlen; er hat also eine monatliche Ausgabe von 3 1/2 Thaler zu machen, ehe er nur daran denken kann, sich aus seinen Mitteln einen Vorrat Brod zu kaufen. Ist denn aber die Festungshaft nur für bemittelte Gefangene, oder für solche, die größere Verhältnisse genießen, geschaffen? Wie kommt der Staat dazu, sich zuerst für Lieferung der Zelle u. s. w. schadlos zu halten, ehe er dem Gefangenen gestattet, sich auf eigene Kosten zu verpflegen? In keinem andern Gefängnis ist dies der Fall; sollen also die Festungsgefangenen, weil sie laut Gesetz zu einer milderen Strafe verurteilt sind, sich den vollen Genuß derselben erst mit schwerem Gelde vom Staate erkaufen? Unwürdig und ungerecht ist eine solche Einrichtung, doppelt ungerecht, weil sie den Armen und Unbemittelten selbst noch im Gefängnisse die Elendigkeit unserer Zustände, „wo Alles nur von der Größe des Geldbeutels abhängt“, fühlen läßt.

Hält sich der Staat für berechtigt, Männer politischer Meinungen und Handlungen wegen Monate und Jahre lang ihrer Freiheit zu berauben, dann ist er auch verpflichtet, ihnen während dieser Freiheitsberaubung wenigstens dasjenige an des Leibes Nothdurft und Nahrung zukommen zu lassen, was notwendig ist, um gesund zu bleiben. Thatsache ist aber, daß der abgehärtete Magen das gegenwärtig verabreichte Essen längere Zeit nicht genießen kann, ohne Magenbeschwerden und Gesundheitsstörungen zu erleiden.

Wir, die Unterzeichneten, sind Arbeiter, in der Kost wahrlich nicht verwöhnt, und die mancherlei Erlebnisse, welche uns auf unserer jahrelangen Wanderschaft durch die verschiedensten Gegenden Deutschlands und Oesterreichs begegnet sind, waren auch nicht dazu angethan, uns zum Wohlleben zu verleiten; aber ein Essen, wie das hier verabreichte, ist uns noch nicht vorgekommen; und obgleich es uns an gutem Willen nicht fehlte, es zu genießen — da uns die Mittel zur Selbstbeköstigung fehlen — so war es uns dennoch unmöglich. Morgen- und Abendsuppen haben wir vom ersten Tage unseres Hierseins und erührt hinausgegeben, dasselbe geschah in den allermeisten Fällen mit dem Mittagstisch. Ständen uns nicht von Seiten unserer Freunde und Parteigenossen wenigstens einige materielle Mittel zur Verfügung, wir wären auf das Hungern angewiesen.

Gegen die Anstaltsverwaltung richtet sich unsere Beschwerde nicht, denn dieselbe ist, laut Reglement, genötigt, den Festungsinhaftierten, die sich nicht selbst beköstigen können, die Korrekzionärskost zu verabreichen, und bei der erbärmlich geringen Summe, welche der Staat für diese armen Verkommenen auswirft, mag es unmöglich sein, etwas Besseres zu liefern. Wir glauben aber, daß der Staat verpflichtet ist, seinen Gefangenen — namentlich wenn sie Festungsgefangene sind und selbst durch das Gesetz als ehrenhafte Männer angesehen werden — eine Verpflegung zu gewähren, die das Leben erträglich macht und sich für anständige Menschen schickt. Den Gefangenen zuzwingen, seine eigenen Mittel oder diejenigen seiner Freunde in Anspruch zu nehmen, weil die Staatsgewalt es für gut befindet, ihn seiner Freiheit zu berauben und seine Existenz zu stören oder gar zu vernichten und, wenn er keine Mittel besitzt oder austreiben kann, ihn mit einer Kost zu traktieren, die den Widerwillen und den Ekel hervorruft, das ist grausam und barbarisch.

Eine bessere Kost den Gefangenen zu gewähren ist hier in der Anstalt um so leichter, da für Hunderte anderer Inhaftierten sie bereits verabreicht wird; die geringen Mehrkosten können und dürfen aber nicht bei einem Zweck wie dem vorliegenden in Frage kommen. Wo Millionen für Militär und andere unproduktive Zwecke verausgabt werden, müssen auch die wenigen Thaler Mehrausgabe vorhanden sein, um eine kleine Anzahl Festungsgefangener menschlich zu verpflegen.

Wir richten demgemäß an das hohe Ministerium des Innern die Bitte:

„Dasselbe wolle baldigst Anordnungen treffen, daß die Verpflegung derjenigen Festungsinhaftierten, welche außer Stande sind sich selbst zu beköstigen, wesentlich verbessert werde.“

Ferner:

„Die Bestimmungen, betreffend die Verpflegung der Festungsinhaftierten sub 6, Abschn. III des Reglements, welche die Festungshaft zu einer Ausnahmehaft im schlimmsten Sinne machen und ebenso ihrer rechtlichen Natur widersprechen, aufzuheben.“

In Erwartung einer baldigen geneigten Entscheidung verharren wir u.

Hubertusburg, den 3. Mai 1873.

Die Leser werden fragen, was der Erfolg dieser Beschwerde war. Dieser war, wie er bisher bei allen Beschwerden der Sozialdemokraten war — Null. Das Ministerium erklärte, daß es keinen Grund zu einer Aenderung habe, daß die Beschwerden bei genauer Untersuchung — von der aber die Ankläger nicht das geringste vernommen und gewahr geworden sind — sich als „ungerechtfertigt“ herausgestellt haben, daß die Kost genügend sei und daß die Gefangenen erst dann auf eine bessere Anspruch machen könnten, wenn ärztlich die Nothwendigkeit dazu anerkannt werde. Diese kläffische Antwort erinert uns lebhaft an ein Erlebnis Kogel's im Zuchthaus zu Waldheim. Als dieser dem Arzte der Anstalt Vorstellungen machte über die Kost und Behandlung der Gefangenen, antwortete ihm letzterer: Beschwerde könne er, der Arzt, erst dann erheben, wenn der Gefangene gestorben sei.

Thatsache ist nun, was Seitens der Direktion auf eine mündliche Beschwerde Diege's auch zugestanden wurde, daß die Suppen häufig auch von anderer Seite — also den Korrekzionären, „diesen verkommensten und elendesten Menschen“ — zurückgewiesen werden. Es ist ferner Thatsache, daß die in der Beschwerde erwähnten sogenannten „Machsel“ nicht gutes Fleisch sind, wie von Verwaltungsseite behauptet wurde, sondern eigentliche Fleischabfälle, die unter dem Namen „Machselfleisch“ in den Rechnungen der Anstalt figurieren und unter diesem Namen von Fleischer geliefert werden. Die Qualität der Gefangenenkost wird aber am treffendsten charakterisirt durch die Thatsache, daß den Staat die Verpflegung der Gefangenen in Hubertusburg — Morgensuppe, Mittagessen, Abendsuppe, exclusiv des Brodes — auf täglich circa 16 Pfennige pro Kopf zu stehen kommt. Daß dieser Betrag, selbst bei den großartigsten Kocheinrichtungen und dem Massenkauf der Produkte, eine auch nur annähernd erträgliche Kost nicht ermöglicht, liegt auf der Hand. Fürwahr, es ist ein klägliches Zeichen für die Humanität des heutigen Staats, für die durch ihn repräsentierte Kultur und Civilisation unserer Zeit, daß die politischen Gefangenen sein Verpflegungsbudget nicht mehr belassen, als hätte er die gleiche Anzahl Hunde zu füttern.

Ein neuer Beleg dafür, wie faul Vieles ist im Staate Dänemark, aber auch ein Wink und ein Appell an das Pflichtgefühl der Parteigenossen, ihren gefangenen Mitkämpfern durch reichlichere Unterstützung das Leben im Gefängnis möglichst zu erleichtern.

Eine kleine Lektion

oder: Tölke als Geschichtsschreiber.

„Wer lacht herzlich mit?“ Ja, Tölke ist unter die Geschichtsschreiber gegangen und gibt uns im vorletzten „Neuen“ eine Geschichtsklektion, worin wir „aufgeblasene Frösche“, die „aus bloßer Schwahnsucht gegen einen wahrhaft großen Mann überall die „Kleinen“ zu glorifiziren suchen“, belehrt werden, daß der „Riese“ Kobespierre (über den wir nebenbei die erstaunliche Neugierde erfahren, daß er auf dem „Berg“ saß, während wir unglücklichen „Frösche“ — warum nicht Kröten? — erapauds du marais? Du verstehst doch, Tölke? — im „Sumpf“ herumquallen) — daß der „gewaltige Tribun“ Kobespierre das „Schimpfwort“ „bürgerlicher Demokrat“ nicht verdient, sondern daß er im Gegentheil in seinem „Verfassungsentwurf den Versuch gemacht habe, möglichst große materielle Gleichheit unter den bürgerlich gleichen Franzosen herzustellen“, und daß man daraus erschen könne, „wie sozialistisch Kobespierre dachte“.

Zunächst sei dem Geschichtsschreiber Tölke (der vielleicht Hasselmann heißt, vielleicht sogar — Hasenklever, doch immer — Tölke) bemerkt, daß wir den Ausdruck: „bürgerlicher Demokrat“ keineswegs als „Schimpfwort“ gebraucht haben, sondern in der „christlichen“ Absicht, die Parteistellung Kobespierre's zu bezeichnen. Wenn dem Tölke (Hasselmann, Hasenklever), der uns gegenüber diesen Ausdruck so oft als „Schimpfwort“ gebraucht hat, in seiner Herzensanschuld das Pech widerfährt, sich — „unbekannterweise“ — für „bürgerliche Demokraten“ vom reinsten Wasser zu entheiligen (von Heder, dem „tapferen, mannhafte“ — S. Scherr's, 1848—1861, Bd. II, S. 61 ff) — ist er beiläufig mäusehinstill geworden; der liegt den Eiern des „Neuen“ doch zu bedenklich nahe, und der Eine oder Andere könnte dem Geschichtsschreiber Tölke — Hasselmann, Hasenklever — auf die Sprünge kommen), — also wenn Tölke (Hasselmann, Hasenklever) in seiner Herzensanschuld dieses Pech widerfährt, so ist das seine Sache, nicht die unsrige; gerade wie es seine Sache ist, daß er, der Fanatiker der Zentralisation, und Zentralisten, die wir bloß von seiner Korporal- und Spiegel-Zentralisation etwas wissen wollen, als „Föderalisten“ denunzirt, und gleichzeitig die uns bekämpfenden Fanatiker des Föderalismus als Brüder anruft, oder doch zu umarmen sucht — denn der Wollenmarkt-Geruch macht sie doch vor dem anordnlichen Gefellen zurückweichen.

Da wir uns den Luxus einer längeren Konversation mit Tölke (Hasselmann, Hasenklever), mit Rücksicht auf unsere Leser, nur unter der Bedingung gestatten dürfen, daß wir das Nützliche mit dem Agenehmen verbinden, so werden wir rein sachlich — nur dann und wann mit einer kleinen Seitenbemerkung und Randnote — das Verhältniß Kobespierre's zu den Hebertisten klar legen, nachdem wir in Antwort auf die lebenswichtigen Schälereien des Geschichtsschreibers Tölke (Hasselmann, Hasenklever) nur noch erwähnt, daß ihm seine Vertheidigung des exemplarischen todtten Ordnungshelden Kobespierre die Achtung eines exemplari-

*) Am Tölke (Hasselmann, Hasenklever) einen Lusthieb zu ersparen sei ihm gesagt, daß wir Scherr nur deshalb zitiren, weil derselbe Heder's Parteigenosse.

den lebendigen Ordnungshelden im (fortschrittlichen, oh horror!) „Münzener Anzeiger“, vom 18. Juni eingebracht hat; und nachdem wir des Weiteren dem scharfsinnigen Kameraden zugegeben, daß sein besonderer Liebling Robespierre seinen allgemeinen Liebling Marat nach der probaten und allbewährten Nürnberger Praxis nur dann geköpft hätte, wenn er ihn — nun Geschichtsschreiber Tolke (Hasselmann, Hasenleber) kennt ja den Rest. — Und jetzt in medias res!

Es ist selbstverständlich, daß in der französischen Revolution, die vor genau 80 Jahren ihren Höhepunkt erreicht, der Sozialismus in seiner heutigen Form nicht möglich war; die ökonomische Entwicklung war noch nicht reif genug, um den Klassengegensatz in voller Schärfe hervortreten zu lassen. Aber der Klassengegensatz war nicht desto weniger vorhanden. Mit jedem Sieg der Revolution lockerte sich der Zusammenhalt unter den Siegern, und wurde es klarer, daß die verschiedenen Elemente, welche den Tiers Etat*) bildeten: Bourgeoisie, Kleinbürgerthum, Bauern, Proletariat, auch verschiedene Interessen hatten, und dem entsprechend verschiedene Ziele.

Schon unmittelbar nach dem (ihre beiläufig keineswegs genehmten) Bastillensturm, also bereits im Sommer 1789, fing die Bourgeoisie an, sich gegen die Revolution zu stemmen; sie wollte die Allianz mit einem Königthum, das ihr die finanzielle Ausbeutung von Staat und Gesellschaft garantierte.

Die Bauern hatten kein anderes Ziel, als den sie drückenden Feudalismus zu zertrümmern, und sich freien Grundbesitz zu erkämpfen; sie führten auf eigene Faust den „Krieg gegen die Paläste“, zum Entsetzen der ihrer Majorität nach aus Bourgeoisie (oder Vertretern von Bourgeoisenschauungen) bestehenden Nationalversammlung. Mit der thatsächlichen Vernichtung des Feudalismus entfernte sich der Bauer vom revolutionären Schauplatz und nimmt erst später wieder die politische Bühne ein, jedoch nicht mit der Jakobinermitthe, sondern in Uniform, als seine Parzelle verteidigender Soldat.

Vom Herbst 1789 wurde die Revolution ausschließlich getragen von dem städtischen Kleinbürgerthum und Proletariat, denen sich „Theologen“ der Bourgeoisie und selbst der beiden „ersten“ Stände beigemischt hatten. Das aktive, handelnde, kämpfende Element waren die Proletarier, die es mit der „Freiheit und Gleichheit“ ernst meinten, weil sie instinktmäßig unter „Freiheit“ ihre soziale Emanzipation und unter „Gleichheit“ die Abschaffung der Klassenherrschaft verstanden. „Freiheit und Gleichheit“ war ihnen eine Existenzfrage, eine „Ragenfrage“ — eine Ragenfrage in des Wortes verwegener Bedeutung, denn mit kurzen Unterbrechungen war die Hungersnoth während der Revolution in Frankreich, namentlich in Paris, permanent. Diese proletarische Richtung fand ihren vollendeten Ausdruck in den Hebertisten, während die durch die Aktion des Proletariats über ihr Ziel hinausgetriebenen bürgerlichen und kleindürgerlichen Elemente in dem Jakobinerthum gipfelten. Der Jakobinismus, als dessen bedeutendsten Repräsentanten man wohl Robespierre anerkennen muß, vertritt wesentlich die politische Seite der Revolution, und ist nur die Steigerung des Konstitutionalismus von 1789 und 1790, und des Girondismus von 1791 und 1792; wohingegen die Hebertisten die soziale Seite der Revolution vertreten, und gerade so sozialistisch waren, als es unter den damaligen Verhältnissen möglich war.**)

(Fortsetzung folgt.)

*) Wörtlich „dritter Stand“; zum Unterschied vom ersten Stand (Geistlichkeit) und zweiten Stand (Adel). Der „dritte Stand“ umschloß das ganze Volk, außer Adel und Klerus. Man sieht hieraus, wie unkorrekt es ist, von den Arbeitern als dem „vierten Stand“ im Gegensatz zu der Bourgeoisie als dem „dritten Stand“ zu reden. Die moderne Gesellschaft kennt überhaupt keine Stände mehr, sondern nur Klassen.

**) Der „Reue“ sei einsteilen auf das treffliche Werk des Communemittglieds Tridon: Les Hebertistes (in Brüssel bei allen Buchhändlern zu haben) aufmerksam gemacht; es wird ihm einige Aufschlüsse über den „Nachfolger des heiligen Dominikus und Popolao“ geben, wie Tridon den neuesten Götzen des „Reuen“ nennt.

Politische Uebersicht.

— In der Wiener „Tagespresse“ findet sich folgende interessante Anekdote aus dem Leben des regierenden Herzogs von Braunschweig:

„Eines Tages begegnete ihm in Wolfenbüttel der Ober-Staatsanwalt.“

„Nun, wie steht's mit der Justiz?“ fragte ihn der Herzog. „Führen sich meine Unterthanen noch immer so brav auf und ist diesen Monat wieder wie im vorigen kein einziger Strafrechtsfall vorgekommen?“

Der Ober-Staatsanwalt verbengt sich ehrfurchtsvoll und erwidert: „So glücklich sind wir diesen Monat nicht. Erst gestern habe ich wieder einen Strafantrag gestellt.“

„So, so, also gibt es wieder was. Was ist es denn? Doch kein Todtschlag oder sonst was Großes, davon müßte ich doch auch gehört haben.“

„Es handelt sich um eine beleidigende Aeußerung gegen Ew. Hoheit,“ erwidert der Ober-Staatsanwalt.

„Aha, kann mir schon denken. Na, bedanken Sie sich bei mir, lieber Ober-Staatsanwalt, daß ich den Leuten hin und wieder etwas über mich zu schimpfen gebe, Sie und das Strafgericht hätten ja sonst gar nichts zu thun.“

Ob nun das Geschichtchen wahr oder erfunden ist, kann und gleichgiltig sein; wer die Braunschweiger Verhältnisse, auch Staatsanwälte und Gerichte kennt, der beginnt zu begreifen, daß Obiges „nicht so ganz ohne“ ist. Betrachtet man freilich frühere Zeiten, so ist Herzog Wilhelm gar nicht so schlimm, wenn er nur seinen allergehensamen Staatsanwälten etwas nachhilft. Seine Vorfahren verschafferten ihre „braven Unterthanen“ an die Engländer nach Amerika, wo sie als Kanonensutter gegen die junge nordamerikanische Republik dienen mußten, und die fürsorglichen Landesväter, die für jeden todtgeschossenen „braven Unterthan“ eine Extra-Entscheidung erhielten, schrieben an die englischen Generale: „Sorgen Sie doch bei der nächsten Bataille dafür, daß recht Viele von den Hundsföttern todtgeschossen werden!“ Es war doch ein schöner Erwerbzweig und heute ist der Landtag manchmal etwas zäh, wenn Erhöhung der Zivilliste gefordert wird. Wie sich die Zeiten ändern!

— Die lächerlichste Rolle spielen die Herren Bakunisten (alias auch Anarchisten, Kollektivist, etc.) jedenfalls in Spanien, wo für eine tüchtig geleitete Arbeiterbevölkerung das Terrain gegenwärtig unbedingt günstiger ist als irgend wo anders, so günstig, daß man es für unmöglich halten sollte, die Arbeiterbewegung dort zu verhindern. Und doch haben die Herren Bakunisten dieses Kunststück fertig gebracht, — so weit ihr Einfluß reicht. Sie haben die Arbeiter von den Wahlen fern zu halten gesucht; sie erklären Jeden für „reaktionär“, für einen „Bour-

geois“, der sich am politischen Kampfe betheiligt. — Die Aufgabe des revolutionären Arbeiters sei, sich ausschließlich mit der sozialen Revolution zu beschäftigen. Was diese „soziale Revolution“ ist, und wie sie bewerkstelligt werden soll, darüber schweigen die Herren, deren ganze politische — Verzeihung, wir wollten sagen — sozialistische Weisheit darin besteht, daß sie in jedem Satz die Worte: Revolution, Anarchie, soziale Liquidation etc., mit drohender Stimme hervorstoßen, und jeder Verührung mit irgend einem Vertreter der heutigen Gesellschaft distret aus dem Wege gehen. Fürwahr, wenn die heutige Gesellschaft über den Haufen zu werfen nicht schwieriger wäre, als einen Floß zu knicken, diese anarchisch-kollektivistisch-liquidationistische Revolutionäre würden es nicht fertig bringen. Zum Glück haben die spanischen Arbeiter in ihrer Mehrzahl doch zu viel gesunden Menschenverstand, um sich durch solche Charlatane von der so klar vorgezeichneten Aufgabe ablenken zu lassen, wie die Anwesenheit von 9 Internationalen in den konstituierenden Cortes beweist. — In Frankreich stülleten sich beiläufig die Arbeiter auch etmal in den „reinen Sozialismus“, und wollten die soziale Frage lösen, ohne sich mit Politik zu befassen. Aber das war nach der Junischlacht, und die surghbare Niederlage dient zur Erklärung und Entschuldigung. Was war nun das Resultat dieses unpolitischen Sozialismus? Man lese die traurige Leidensgeschichte nach in Engländer's „Geschichte der französischen Arbeiterassoziationen“. Drei Jahre lang häuten die französischen Arbeiter mit unsäglicher Geduld, indem sie sich das Brod an dem Mund absparten, an dem Kartenhaus der unpolitischen Revolution — und siehe da, am 2. Dezember 1851 kam der böse Staat, und mit Einem Ruck blieb er das herrliche Kartenhaus zusammen! Die Lehre sollten sich die Arbeiter hinter die Ohren schreiben: Die Arbeiter haben gut sich nicht um den Staat kümmern, aber der Staat kümmert sich um die Arbeiter; er läßt sie mit der sozialen Frage spielen; wird das Spiel aber ernst, so erhebt er drohend den Zeigefinger — und von Zweien Eins:

Entweder müssen die Arbeiter zu Kreuz kriechen; Oder sie müssen — auf die eine oder andere Weise — den Staat in ihrem Sinn umgestalten.

Ein Drittes gibt's nicht. Es ist aber immer das Beste, man weiß von vorn herein, woran man ist, und was man zu thun hat. —

Unter belgisches Parteiblatt, die Brüsseler „Liberté“, hat mit dem 1. Juli (nach 6jährigem Verstande) zu erscheinen aufgehört. Die Motive hierzu, welche im Schlussartikel Namens der Redaktion vom Leiter des Blattes, Arnould, auseinandergesetzt werden, wollen uns ganz und gar nicht gefallen. Arnould sagt, das Blatt könne nun eingehen, weil „seine Rolle beendet“ sei. Und wie so ist die Rolle zu Ende? Weil in Frankreich der alte Schwindel wieder von vorn losgehe; in der politischen Bewegung lasse sich jetzt nichts machen und die ökonomische vollziehe sich von selber, auch ohne Zeitungen. Das heißt auf deutsch: Die Flinte in's Korn werfen und den lieben Gott einen guten Mann sein lassen, das manchesterliche laissez-aller in's Sozialistische übersezt. „Zum Belehren“ — sagt der Artikel bezeichnenderweise — „ist etwas Besseres als eine Zeitung nöthig und bei der Aktion ist unnützes Geschwätz Verrath.“ Auch dafür giebt es ein deutsches Sprichwort: „Aus der Noth eine Tugend zu machen.“ Freilich sind gute Bücher selbst den besten Zeitungen vorzuziehen; allein wer hat denn je gesagt, daß eine Zeitung Bücher ersetzen solle? In den Büchern findet man das Gewordene und in der Zeitung das Werden — das ist der ungeheure Unterschied zwischen diesen beiden Lehrmitteln; keines kann das andere verdrängen oder ersetzen; nothwendig sind vielmehr beide. Wie kann sich denn die sozialistische Idee fortentwickeln, an Tiefe und Inhalt gewinnen, wenn wir auf den ununterbrochenen Gedankenaustausch, den wir durch unsere Zeitschriften vermitteln, verzichten sollten? — Wenn alle belgischen Sozialisten so dächten wie diese ihre Wortführer, dann könnte man, unseres Erachtens, die belgische Bewegung auf Jahre hinaus als abgethan betrachten; und zwar nicht bloß die Bewegung in theoretischer, sondern auch in praktischer Beziehung. Von der theoretischen Höhe kann man sich einen ungefähren Begriff machen, wenn wir erzählen, daß Herr Arnould im Abschiedsartikel mit Genugthuung darauf hinweist, daß der heutige Sozialismus „noch von den bedeutungsvollen Arbeiten Proudhon's lebt“. Was wir uns für Deutschland wenigstens eben so höflich wie entschieden verbeten haben wollen. —

In der vorletzten Nummer der „Bereinigten Staaten von Europa“ (Organ der Friedens- und Freiheitsliga) finden wir ausnahmsweise und zu unserer Ueberraschung in Mitten der hohlen Phrasen und inhaltslosen Deklamationen, welche den Text dieses Blattes auszumachen pflegen, einmal brauchbare thatsächliche Mittheilungen. In einer — charakteristischer Weise sehr verpödet aufgenommenen — Correspondenz aus Rom wird auf Grund des von dem italienischen Deputirten Mazzolini vor Kurzem veröffentlichten statistischen Werks die Finanzwirtschaft des Kaiser-Königreichs Italien einer wahrhaft vernichtenden Kritik unterworfen. Die italienische Regierung wandelt bekanntlich genau dieselben politischen Pfade wie die Preussisch-Deutsche, nur mit dem Unterschied, daß der „Deutsche Cavour“ sieben Jahre später an die Arbeit ging, als der „italienische Bismarck“. Biarrig war 1864 — Plombières schon 1858. Wir können also an Italien unsere eigene Krankheit studiren, nur in schon etwas fortgeschrittenem Stadium, was den Casus doppelt interessant und lehrreich macht. Also:

Vor der Piemontesischen Kaserneneinheit betrug das Budget der verschiedenen Staaten Italiens 500 Millionen Franks pro Jahr. Das Budget des Jahres 1871 — eines Normaljahres, des 9. Jahres nach der glücklich erlangten Kaserneneinheit, betrug: 1,233,871,000 Franks, was eine Vermehrung der Ausgaben um fast zweihundertfünfzig Prozent bedeutet. Von 1860 bis 1871 hat die Einheitsregierung, welche von dem alten Italien eine Schuldenlast von 500 Millionen Franks übernahm, sechs-tausend Millionen Franks Schulden (6 Milliarden) dem armen Land aufgeschuldet, das nun allein jährlich 480 Millionen Franks an Interessen für die Staats-, richtiger Regierungsschuld zu bezahlen hat.

Und wofür ist dieses Geld ausgegeben worden?

Von 1860 bis 1871 hat die konstitutionelle (italienische) Monarchie regelmäßig ausgegeben (die außerordentlichen Ausgaben für Kriegsrüstungen, Krieg etc. figuriren hier nicht):

Für die Armee	2,300,000,000 Fr.
„ „ Marine	500,000,000 „
„ „ Polizei und Gefängnisse	500,000,000 „
Für Ministerium der Justiz	300,000,000 „
„ „ des öffentlichen Unterrichts	141,000,000 „
„ „ Handels und Ackerbaues	71,000,000 „
Summa:	3,812,000,000 Fr.

Unnütze, verderbliche Ausgaben: 3,300,000,000 Fr. — Nützliche Ausgaben 511,000,000 Fr. Mehr denn sechs-mal so viel

unnütze und verderbliche, als nützliche Ausgaben! Die alte Geschichte. Kein Wunder, daß Italien bei diesem System nachgerade vollständig erschöpft ist, und dem sicheren Untergang entgegen geht, wenn es diesen Meergrais der Militärmonarchie nicht abschüttelt, der ihm die Kehle zuschnürt. In welchem verwerflichen Zustand sich Italien befindet, das zeigen folgende Zahlen:

Nach den neuesten statistischen Berechnungen liefert der Ackerbau pro Hektare angebautes Land:

In England	36 Hektoliter.
In Holland	28 „
In Frankreich	22 „
In Deutschland	20 „
In Spanien	12 „
Und in Italien	10 „

Italien, das von allen europäischen Ländern vielleicht den fruchtbarsten Boden hat, steht also im Ackerbau am tiefsten unter allen europäischen Culturländern! —

— Die Krise im englischen Baugewerk hat sich nicht gehoben; im Gezenheil, nach den letzten Berichten scheint ein Con-sult unvornemlich; die Baumeister haben auf einer Conferenz beschlossen, die Forderung der Arbeiter nicht zu gewähren, und auf jeden partiellen Strike mit einem allgemeinen Lockout zu antworten. —

— Im englischen Unterhaus brachte neulich ein Mitglied (Hr. Auberon Herbert) die skandalöse Berurtheilung der 16 Weiber in Chipping Norton zur Sprache, oder wollte sie zur Sprache bringen. Denn kaum hatte er ein paar Worte gesprochen, so beantragte ein ehrenwerthes Mitglied die Auszählung. Und siehe da! Von den 756 Unterhausmitgliedern waren, den Redner und Antragsteller eingerechnet, bloß 13, wir schreiben dreizehn anwesend. Natürlich mußte die Sitzung sofort geschlossen werden. Solchen Spott treibt das Parlament der Ausbeuter und Müßiggänger mit dem arbeitenden Volk! —

— Die Verläumdung der in Zürich studirenden russischen Frauen durch die russische Regierung — lautet der Titel einer von Iosken aus dem gerachten Ort zugehenden Flugchrift. Darin wird der neuliche Erlaß der russischen Regierung, wonach die im Auslande studirenden Russinnen, die bis zum 1. Januar 1874 nicht in's Mutterreich zurückgekehrt sein würden, zu keinem Examen zugelassen werden sollen, in kurzer und schlagender Weise besprochen. — Mit Recht befürchtet die Czarherrschschaft das Einschleppen westeuropäischer Bildung und besonders modern-revolutionärer Ideen durch die (zunehmend über 100 zählenden) in der Schweiz (meist Medizin) studirenden russischen Frauen. Was dagegen thun? Die Einen durch Brodlosmachung zur Rückkehr zwingen und die Außenbleibenden verläumdern. „Die in die Politik hereingezogenen Mädchen“ — sagt der obgedachte Erlaß — „fallen unter den Einfluß der Häufelührer der Emigration und werden zu folg-samen Werkzeugen in den Händen derselben. Einige reifen zwei und drei Mal jährlich aus Zürich nach Rußland, nehmen verschiedene Anträge mit, führen Briefe und Proklamationen über die Grenze und nehmen lebendigen Antheil an der verbrecherischen Propaganda. Andere lassen sich von den communisticchen Theorien der freien Liebe (!) hinreißen und treiben — die Schein-heirath als Vorwand gebrauchend — die Verachtung der ersten Grundsätze der Sittlichkeit und der Frauenleutschaft bis auf die höchste Spitze. Das unmwürdige Betragen der russischen Frauen hat gegen dieselben den Haß der dortigen Einwohner gewedt (!), und sie werden sogar nur mit großem Widerwillen von den Wir-thinnen in ihre Wohnungen herein gelassen (!). Einige dieser Mädchen sind so niedrig gefallen, daß sie speziell denjenigen Theil der Geburtschäfte studiren, welcher in allen Ländern vom Criminal-gesetz und von der Verachtung aller christlichen Leute verfolgt wird (!!). Die Regierung ist genöthigt, ihre Aufmerksamkeit auf eine solche Erniedrigung aller Sittlichkeit zu lenken. Man soll nicht vergessen, daß diese Frauen nach Rußland zurückkehren und zu Müttern, Frauen und Erzieherinnen werden müssen. Es ist unmöglich, vor der schrecklichen Frage stehen zu bleiben: „Was für eine Generation können solche Frauen heranbilden?“ Die Regierung kann nicht und soll nicht als gleichgültiger Zuschauer dieser sittlichen Fäulnis (!), welche einen — wenn auch unbedeutenden — Theil der russischen Jugend anfrizt, bleiben. Die Regierung erkennt als ihre unumgängliche Pflicht den Kampf mit dem heran-wachsenden Bösen (!) und ist entschlossen, alle von ihr abhängen-den Maßregeln, vorzüglich aber vorbeugende, in Gang zu setzen.

Diese „vorbeugenden“ Maßregeln sind erstens die im Erlaß angeordnete Nichtzulassung zum Staats-Examen und in zweiter Reihe jedenfalls vielartige Memento (denk an) Sibirien! — Die russischen Studentinnen verwarfen sich natürlich gegen sämtliche dieser durch den Regierungserlaß angehenden Beschimpfungen und sie verweisen diesen gegenüber in würdiger Sprache auf die thatsächlichen Verhältnisse, welche all Das, was die Verläumder behaupten, bündig widerlegen. — Am Schluß sagt die Flugchrift: — „Man mag das Bestreben der russischen Studentinnen — für nützliche wissenschaftliche Kenntnisse zu erwerben — anerkennen oder nicht; man mag ihr Streben nach ökonomischer Selbstständigkeit durch nützliche Thätigkeit loben oder tadeln; immerhin wird ein jeder denkende Mensch und bestimmen, daß es ein Schmach wäre, wenn man diese strebenden Frauen auf das Schimpflichste beleidigen ließe und dazu einfach schweigen wolle.“ Diese Bemerkung ist — nach den Erfahrungen, die allseitig mit den an der Leip-ziger Universität studirenden Russinnen gemacht worden sind — jedenfalls berechtigt; denn jene Damen haben das Vorurtheil, daß eine Studentin entweder ein Blauschiff oder eine Agitatorin der „freien Liebe“ sein müsse, in gewissen Kreisen mit nicht geringem Erfolg aus dem Felde geschlagen. Die Würde der Wissen-schaft kann durch die äußere Erscheinung ihrer Träger ebensowenig beeinträchtigt werden, wie die Würde der Frau durch die Wahl eines an sich ehrenhaften Berufs. —

— Der „Neue Sozialdemokrat“ will in seiner Nr. 72 be-weisen, daß die „Christen“ unter sich nicht einig seien und sich gegenseitig beschimpften; zum „Beweis“ dafür führt er an, daß Bloß von Bernhard Becker der Polizeispionage beschuldigt worden sei. Dieser Klatsch ist der Rook'schen Broschüre entnommen. Bernhard Becker hat vor Kurzem die Klage, als habe er eine derartige Anschuldigung gegen Bloß erhoben, mit Ent-rüstung zurückgewiesen, was wir schwarz auf weiß bezeugen. Die anderen Klatschereien über Bloß, die der „Neue“ aus der Rook'schen Broschüre fisch, sind längst aufgeklärt und das Geschrei der Hasselmannen erscheint Bloß viel zu albern, als daß er nochmal mit Erklärungen hervortreten für gut befinden sollte. Auch die Affaire Pienig wärmt der „Neue“ wieder auf und jammert bei dieser Gelegenheit, daß die „Christen“ stets „auf einigen bürger-lichen Bestrafungen von zwei Mitgliedern des Allgemeinen deut-schen Arbeitervereins herumreiten“. Mit dem Ausdruck „bürgerliche Bestrafungen“ sucht der „Neue“ seine Leser zu nasführen, was

um aber wohl schlecht gelingen dürfte. Die zwei Mitglieder sind Tölké, der wegen Klassenunterschleifs der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig erklärt, und Högig, der mehrere Male wegen Diebstahls bestraft worden ist. Unterschleif bleibt Unterschleif, Diebstahl bleibt Diebstahl und beides sind gemeine Verbrechen, ob nun der „Neue“, der ja oft journalistische Taschenspielererei treibt, sie „bürgerlich“ nennt, oder nicht.

Gewerkschaftliches.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Leipzig, 3. Juli. Bekanntmachung. Nachdem schon vor der Generalversammlung die Mitglieder des Verwaltungsraths die Sitzungen ungemein erschwerten, wurde für den Fall, daß Dresden den Verwaltungsrath nicht wieder annehmen würde, Gotha in zweiter Linie gewählt. Da nun nach der Generalversammlung die Sitzungen des Verwaltungsraths von den meisten Mitgliedern gänzlich vernachlässigt wurden, hat der Aufsichtsrath in seiner letzten Sitzung beschlossen, (§ 22 des alten Statuts) den Verwaltungsrath sofort zu suspendiren. Es sind daher sämtliche Briefe, Gelder u. s. w. bis auf Weiteres an den Unterzeichneten zu senden. Für den Aufsichtsrath:

Julius Kirsten, Gustav-Adolfstr. Nr. 18, 3 Tr.

Dresden, 3. Juli. Da in den nächsten Tagen der Vorort von hier nach Gotha übergeht, so werden die Bevollmächtigten aller Orte ersucht, umgehend die Stückzahl der zu brauchenden Protokolle hier anzuzeigen damit deren Zusendung erfolgen kann. Es ist nun so notwendig, daß jedes Mitglied ein Exemplar in Händen hat, da das Statut zur Gewerkschaftskrankenkasse ausführlich darin enthalten ist. Es ist notwendig, daß letzteres zuvor gelesen wird, bevor die Mitgliederlisten, wie sie dem Bevollmächtigten zugegangen, ausgefüllt werden, um dann die Zahl der zur Krankenkasse Treten den festzustellen. Ein Exemplar der Protokolle kostet incl. Porto 1½ Gr. (Selbstkostenpreis). Der Betrag für die Protokolle ist an Unterzeichneten, die ausgefüllten Mitgliederlisten jedoch sind an die neue Verwaltung, sobald selbige von Gotha aus angeeignet ist, einzusenden. Gelder zur Hauptkasse gingen ein: Erfurt 2 Thlr. 10 Gr., Weimar 1 Thlr. 8 Gr. 5 Pf. Neue Mitgliedschaften sind angemeldet: Constanz a. B., Freiberg i. S. In Freiberg ist Bevollmächtigter Hr. Männel, Engageasse 650 II. Ferner ist hier in Dresden nachdem der frühere Bevollmächtigte Aug. Thamm sein Amt, zum Bedauern vieler Mitglieder, niederlegte, an dessen Stelle Herr Johann Witthauer, (Bürgerwiese 17, Hof II) gewählt. Sodann sei nochmals bekannt gemacht, daß laut Statut jede Mitgliedschaft auf Kosten der Ortskasse 1 Exemplar des „Volkstaat“ zu halten hat, und das Abonnement der Hauptkasse nicht angerechnet werden kann. Der Tag der Vorort-Übergabe wird angezeigt werden.

G. Bilger, Reitbahnstraße 5.

Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.

Wie aus Nr. 52 des „Volkstaat“ bekannt, findet zu Lüttich in Belgien der außerordentliche Kongreß der Europäischen Föderation der Schneidergehilfen den 22. August dieses Jahres statt. Da aber die Reisekosten der Delegirten zu unserer Generalversammlung, welche den 10. August stattfindet, den Mitgliedschaften Opfer auferlegt, ist es unmöglich, dem Rufe unserer dortigen Brüder nachkommen zu können.

Wir schlagen daher vor, ein Mandat mit der gesammten Mitgliederzahl des Allgemeinen deutschen Schneidervereins zu unserer Generalversammlung an den korrespondirenden Sekretär E. Zegers nach Brüssel abzusenden.

Den Verwaltungen der Mitgliedschaften hiermit zur Nachricht, daß die Abrechnungen nur durch die dazu bestimmten Abrechnungsformulare anzufertigen und bis zum 15. ds. Mts. einzusenden sind. Die noch am Orte befindlichen Bücher sind, da dies zur letzten Abrechnung von mehreren Mitgliedschaften nicht besetzt wurde, für dieses Mal genau auf den Formularen zu verzeichnen. Wer keine solchen besitzt, kann jeder Zeit von uns diese zugesandt erhalten.

Die Adresse des Bevollmächtigten zu Braunschweig ist E. Schäfer, Marzall Nr. 13.

Für den Anschluß:

G. Schöffel, Zimmerstraße Nr. 16, 2. Treppen.

Correspondenzen.

Leipzig. Das „Tageblatt“ veröffentlicht die Aktenstücke, welche in der Amtsbücherei zwischen dem Rath der Stadt Leipzig, der Kreisdirektion und dem Ministerium des Innern gewechselt worden sind. In diesen Aktenstücken finden sich viele interessante Dinge — unter Anderem bemerkt der nationalliberale Herr Dr. Koch, „es habe (1857) eine Zeit gegeben, in der das freie Ermessen (wie jetzt!) der Staatsregierung neben den Befehlen des Willens derselben Geltung zu verschaffen gewohnt habe“, welchen für Dr. Koch gewiß verwegener Anlauf das Ministerium als unstatthaft und ungebührlich (haha!) zu erklären beliebt — namentlich aber ist es von Interesse zu erfahren, daß der Rath der Stadt Leipzig kontraktlich besetzt ist, den Redakteur des „Tageblattes“, Herrn Hüttner, abzurufen und ihm eine Nase anzuhängen, sobald derselbe einen Artikel zum Abdruck bringt, welcher dem Rath der Stadt Leipzig nicht gefällt, oder seinen Interessen Abbruch thut. Wir glauben zwar, daß damit noch lange nicht Alles aufgedeckt, was zwischen dem Rath der Stadt Leipzig und dem „Tageblatt“ vorgeht; wenn aber Herr Hüttner gerne wissen möchte, wie man die Redakteure nennt, die in einem solchen Verhältnis stehen, möge er sich an Bismarck wenden. In Sachsen freilich nennt man sie „vinculirt“.

Berlin, 29. Juni. Quittung. Von den Drehschleifern Wiens erhielten wir durch Vermittelung des Herrn Gustav Kirsten daselbst am 7. Mai d. J. nachstehend verzeichnete Gelder zur Unterstützung der streikenden Drehschleifer Berlins, wofür wir im Namen derselben den Wiener Kollegen, sowie dem Hrn. Kirsten hiermit unsern wärmsten Dank erstaten mit der Versicherung, vorkommendenfalls dasselbe für sie zu thun.

Freiwillige Sammlung der Drehschleifer Wiens 4 fl. 42 kr. Aus der Meerschammsfabrik des Herrn Raitz 40 kr. Herr Bornstein 20 kr. Aus der Meerschammsfabrik Christ 1 fl. 1/2 kr. Aus der Fabrik Reinfeld 2 fl. 10 kr. Drehschleifer der allgemeinen Bändergesellschaft 1 fl. 50 kr. Aus der Fabrik Frisch 50 kr. Herr Gruber, Drehschleifer 20 kr. Herr Manhart, Rammmacher 20 kr. Herr Kühn als Verzichtleistung eines Honorars 1 fl. 50 kr. Beitragsnachtrag der Drehschleifer Wiens 20 fl. Summa 32 fl. 2 1/2 kr. Mit Gruß

Das Comité der Drehschleifer Berlins:

A. Hoffmann, G. Linde, A. Weiß.

Berlin. Generalversammlung der Stuhlarbeitergesellen am 29. Juni auf Königshöhe. Anwesend waren über 1000. Tages-

ordnung: Bericht über die Agitation in Rowames (Herzenberg und Schnabel), Bernau (Beder und Gladowitz), Nixdorf (Herzenberg und Klein), Köster, Zinna und Bitterholz (Beder). Sämtliche Stuhlarbeiter vorstehender Orte haben fast einstimmig beschloffen, die Berliner Kollegen mit allen Kräften in ihren so sehr gerechtfertigten Forderungen zu unterstützen und im Nichtbewilligungsfalle des neuen Lohnarbeits sofort in den allgemeinen Strike einzutreten. Auf Grund dieser günstigen Agitationsresultate beschloß nun die Generalversammlung einstimmig, am 1. Juli die Arbeit niederzulegen und nicht eher wieder aufzunehmen, bis alle Forderungen des Tarifs, Punkt für Punkt, von den Fabrikanten bewilligt sind.

Eine zur Förderung der weiteren Agitation vorgenommene Sammlung ergab die Summe von 20 Thlr. 15 Sgr. 8 Pf. — Nachschrift. Gegen 4000 Stuhlarbeiter, Meister und Gesellen, haben gestern, 1. Juli, hier die Arbeit eingestellt.

Berlin, 21. Juni. Gestern Abend fand im Lokale des Handwerkervereins eine Generalversammlung sämtlicher Zimmerleute statt, welche den großen Saal bis in den Hintergrund füllte. Auf der Tagesordnung stand: das „Verhalten“ der Bau-, Maurer und Zimmermeister. Es wurde versucht, sagt die „Volkzeitung“, darzulegen, wie schlecht und gedrückt die Lage der Bauhandwerker im Gegensatz zu der darüber herrschenden Meinung im Publikum sei. Namentlich wurde die lange Arbeitszeit und die Affordarbeit als im höchsten Grade abschaffenswerth bezeichnet und in einer Resolution ausgedrückt, daß man in Betreff dieser beiden Punkte ganz energisch den Meistern gegenüberzutreten habe. In einer zweiten Resolution wurde es den unverheiratheten Kollegen zur Ehrenpflicht gemacht, Berlin möglichst schon am 1. Juli zu verlassen.

Rowames, 2. Juli. In einer gestern abgehaltenen Weberversammlung wurde der Beschluß gefaßt, von heute an die Arbeit einzustellen, weil die Berliner Fabrikanten sich geweigert, unsere bescheidene Forderung anzuerkennen. Aller Zuzug ist ferngehalten.

J. A. W. Kehlhorn.

Erfeld. Hier stritten die Färber, an Zahl etwa 600 Mann. Die Weber sind ebenfalls in einer Bewegung begriffen. Es haben in dieser Woche 6 große Volksversammlungen stattgefunden und die Bourgeoisblätter ergehen sich in den gemeinsten Schimpereien, das genirt uns nicht; es wird lüthig weiter agitiert.

Erfeld, 30. Juni. Es wird für die Parteigenossen und namentlich für die Weber von Interesse sein, etwas Näheres über die hiesigen Verhältnisse zu erfahren, zumal, wie bekannt, Erfeld der bedeutendste Ort der deutschen Seidenfabrikation ist. Im verflossenen Jahre wurden, wie der statistische Bericht der Erfelder Handelskammer nachweist, 33,310 Seidenweber, welche in Erfeld und Umgegend ihren Wohnsitz haben, beschäftigt. Als Lohn wurden an diese 33,310 Seidenweber 5,915,265 Thlr. ausgezahlt, was auf jeden Weber, im Durchschnitt berechnet, die winzige Summe von 177—178 Thlr. auf das verlossene Jahr ausmacht. Von diesen 177 Thlr. gehen für Spulen, Stuhlplatz, Del, Passieren, Bäumen u. s. w. noch 35 Thlr. ab, so daß nur noch 142 1/2 Thlr. übrig bleiben. Im Jahr 1871 betrug der Durchschnittslohn 126 bis 127 und im Jahr 1870 laut Statistik nur 95 Thlr., d. h. nach Abzug der oben angeführten Nebenauslagen. Es wird im Ganzen überflüssig sein, hierzu noch Bemerkungen zu machen, die Zahlen reden und beweisen am besten, wie schlecht die hiesigen Weber gestellt sind. Bereits zu verschiedenen Malen machten die hiesigen Weber Anstalten, ihre Lage zu verbessern, aber leider stets ohne Erfolg. Neuerdings macht sich wiederum eine Bewegung unter den Webern bemerkbar, eine Bewegung, die um so mehr von Bedeutung ist, da dieselbe einen entschieden sozialistischen Charakter trägt. Sonntag, den 29. Juni war eine große Weberversammlung in dem großen Theater-Lokal der Sommerlust einberufen, in welcher Unterzeichneter den Vorsitz führte. Die Versammlung, welche an tausend Mann stark war, faßte nach dreistündiger Verhandlung den Beschluß, eine zeitgemäße Lohnerhöhung zu fordern, und diese Forderung nöthigenfalls durch eine allgemeine Arbeitseinstellung durchzusetzen. Andererseits wurde beschloffen, eine Weber-Union zu gründen und wurde zu diesem Zweck ein Comité gewählt, welches die Sache ordnen wird.

Die Färber hiesiger Stadt, deren Zahl sich auf Tausend beläuft, hielten gestern, Sonntag (den 29. Juni) morgens 11 Uhr ebenfalls eine Versammlung, welche durch Aufrufe einberufen war, ab. Nachdem verschiedene Färber, sowie Unterzeichneter gesprochen, wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine Stunde weniger Arbeitszeit, einen Thlr. Lohnerhöhung (pro Woche) und 6 Sgr. für jede Ueberstunde zu fordern. Sollte diese Forderung innerhalb 3 Tagen nicht bewilligt sein, so soll allgemein die Arbeit niedergelegt werden. Allem Anscheine nach werden die Färber diese Forderung durchsetzen. Näheres werden wir in einigen Tagen berichten. Die Bewegung unter den hiesigen Arbeitern ist augenblicklich eine große und die hiesigen Zeitungen unterlassen es nicht, in fast jeder Nummer von sozialdemokratischen Wählereien zu schreiben. Die sozialdemokratischen Agitatoren sind an Allem schuld. Indessen man uns durch die Presse in der öffentlichen Meinung zu verunglimpfen sucht, wird die sozialistische Idee immer mehr befestigt. Unsere Mitgliedsversammlungen, welche wöchentlich abgehalten werden, kommen Volksversammlungen gleich, so daß wir schon zu Bezirksversammlungen in den verschiedenen Stadttheilen schreiten müssen. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die hiesigen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sich fast alle unserer Partei angeschlossen haben und Dreesbach bis dato noch nicht den Versuch gemacht hat, die Station Erfeld festzuhalten. In Königshof fand den 26. Juni ebenfalls eine Volksversammlung statt, in welcher mehrere Personen unserer Partei beitraten.

Apolda, den 2. Juli. Heute haben die Conditorgehilfen der Fischer'schen Fabrik bis auf 3 Mann die Arbeit niedergelegt. Wir bitten die Kollegen, den Zuzug von hier fernzuhalten.

Richter, Lohrer, Kilian.

Höfch, 3. Juli. Da die Forderungen der hiesigen Former nicht bewilligt wurden, so waren wir gezwungen am 28. Juni die Arbeit niederzulegen. Auf hartnäckigen Widerstand der Fabrikanten sind wir gefaßt, aber auch wir wollen zeigen, daß wir nicht ins Blaue hinein die Arbeit einstellen. Von unsern deutschen Kollegen erwarten wir, daß sie jeden Zuzug möglichst fern halten und auch sonstige Unterstützungen an uns gelangen lassen werden.

B. Kirchnegg, Bevollmächtigter, Taunusstr. 162.

Pfersee, 21. Juni. Heute fand dahier eine zahlreich besuchte Arbeiterversammlung statt, in der Genosse Demmler aus Geyer über die sozialpolitische Frage referirte. Nach demselben sprachen noch Endres, Pohl, Schaffé und Weinek, bei welsch Letzterem der anwesende Kommissär Veranlassung nahm, nachdem der Vorsitzende den Ordnungsruf verweigert hatte, die Versammlung aufzulösen.

Wolfsbützel, 26. Juni. Nach dem „Br. Volksfreund“ verlangten kürzlich 20 Arbeiterinnen der Ravensberger Spinnerei ein ein Groschen pro Tag Zulage (bisher erhielten sie 9 Sgr.). Hierauf wurden sie geheißen, sofort an die Arbeit zu gehen, andernfalls würde man ihnen noch extra 1 Sgr. pro Tag abziehen. Hier-

auf verließen sämtliche Arbeiterinnen circa 150, das Etablissement, worauf der Direktor sofort sämtliche männlichen Arbeiter entließ und sie ersuchte, sich heute Mittag weiteren Bescheid zu holen. Gestern Abend hielten nun die Arbeiter und Arbeiterinnen eine Versammlung, an welcher sich die Vertreter aller Gewerkschaften, etwa 800 Personen im Ganzen, beteiligten, und wählten ein Comité, bestehend aus 5 Arbeitern und 3 Arbeiterinnen. Es wurde beschloffen, nur mittelst Komitês zu verhandeln, und als Grundlage der Bereinigung eine 10stündige Arbeitszeit nebst entsprechender Lohnzulage hinzustellen.

Eine am 26. ds. Mts. abgehaltene Volksversammlung erklärte sich für die streikenden Spinner und Spinnerinnen durch Annahme folgender Resolution: „Die heutige Volksversammlung erklärt, daß sie die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Ravensberger Spinnerei für vollständig gerechtfertigt erachtet, und fordert dieselben auf, fest auf ihren Forderungen zu bestehen, indem sie ihrerseits sich verpflichtet, die Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, damit dieselben zu ihrem Rechte gelangen.“ — Ferner verlanget, daß von Seiten der Direktion der Spinnerei die Einigkeit unter den Arbeitern zu lockern versucht worden sei. So wurde z. B. einzelnen Spinnerinnen gestern bereits ein Tagelohn von 25 Sgr. geboten, doch erklärten die braven Mädchen, daß sie auch für den doppelten Lohn nicht in Arbeit treten würden ohne ihre Genossen.

Bayreuth, 26. Juni. Gestern Abend war dahier durch die Schneidergewerkschaft eine allgemeine Arbeiterversammlung in dem Versammlungslokal der erwähnten Gewerkschaft abgehalten worden. Das Lokal war dicht gedrängt voll. Herr Demmler aus Geyer hatte, auf der Durchreise begriffen, das Referat über das Hauptthema des Abends übernommen und vorbereitete sich in ausführlicher fast dreistündiger Rede über die gegenwärtige Situation der Arbeiter und wie man zunächst zum Besseren helfen soll, und die politischen Ziele der Sozialdemokratie. Zum Schluß lud er die Versammelten ein, sich in die Listen zum Beitritt zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei einzuschreiben. Die Einzeichnungen erfolgten auch nach Beendigung der äußerst ruhig und ordnungsmäßig verlaufenen Versammlung, und ist somit hier eine Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei geschaffen.

Mannheim, 23. Juni. Der Schuhmacherstrike ist beendet und das Resultat ist ein annehmbarer Sieg für uns. Der von uns aufgestellte Lohnarbeits ist von den Meistern, welche man Meister nennen darf, angenommen worden, selbst der Vorsitzende des unterschriebenen Meistervereins und ein Herr Spohn haben einen Lohnarbeits ausgearbeitet, denselben dem Strikecomité übergeben und im „Mannheimer Anzeiger“ veröffentlicht, daß der Strike mit 20 Prozent Lohnerhöhung zu Gunsten der Arbeiter beendet sei. In der nächsten Gewerkschaftsversammlung wurde der Beschluß gefaßt und ausgeführt, diesen freundlichen Herrn ihren Lohnarbeits zurückzuschicken als unannehmbar für die Gewerkschaft. Daß unser Sieg nicht vollständig war, hing an der Klauheit unserer Vereinsgenossen. Ich möchte hier ersuchen, bei solchen Gelegenheiten künftig alle Briefe mit genauer Adresse zu versehen. Gestern schrieb uns unser Schriftführer aus dem Amtgefängnis, daß er nur fester zu der Sache halten wird, trotzdem ihn und Kollegen Lessendorf das Unglück traf, wegen Hausfriedensbruch 4 Wochen der Freiheit beraubt zu sein. In hiesigen Bourgeois- und Beamtenkreisen ist man natürlich unserer Bewegung sehr abhold. Unsern unwürdigen Kollegen herzlichsten Dank für Ihre Unterstützung, genaue Abrechnung folgt. Mit Brudergruß: J. Ganshorn.

Göppingen. Die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokraten war zahlreich besucht. Gmünd war durch 25 Mann, Eßlingen durch 12, Stuttgart durch 5, Aalen durch 1, Weßlingen durch 1, Reutlingen durch 1, Kirchheim u. Teck durch 2 Mann und Göppingen selbstverständlich durch die Mehrheit seiner Mitglieder vertreten; von Augsburg waren 4 Mann da. Der Sitz des Agitationscomitês wurde nach Gmünd verlegt. Nachmittags war die angezeigte Volksversammlung durch etwa 300 Personen besucht. Krüll aus Stuttgart referirte über unser Programm, Weiße aus Gens über die Organisation, Morlod aus Eßlingen und Wilhelm aus Gmünd über die nächsten Reichstagswahlen. Die Redner ernteten reichlichen Beifall. Gegner waren nur wenige da, und auf wiederholtes Auffordern meldete sich dennoch keiner zum Wort. Unserer Mitgliedschaft traten 10 Mann bei.

In der am 8. Juni abgehaltenen Volksversammlung, wo ich und A. Mayer über die nun beendigte Arbeitseinstellung in der mechanischen Drillweberei, früher Firma Kaufmann & Söhne, referirten, traten gleichfalls 10 Mann zu unserer Partei. Die Arbeitseinstellung verlief größtentheils zu Ungunsten der Arbeiter, denn sie waren nicht organisiert. Ein Theil nahm wo anders Arbeit und der andere größere Theil kroch schon am dritten und vierten Tage wieder zu Kreuze. G. Bronnenmayer.

Landskron. Montag den 16. d. hatten wir hier Volksversammlung. Erster Punkt der Tagesordnung war „Der deutsche Reichstag und dessen Wirksamkeit“. Referent Demmler aus Geyer sprach in einstündigem Vortrag zur allseitigen Zufriedenheit und nur unser liebenswürdiger Stadtvoater faßte sich veranlaßt, vom Vorsitzenden zu verlangen, daß er den Redner zur Mäßigung rufe. Zweiter Punkt der Tagesordnung war „Die Moral der herrschenden Klassen.“ Das Referat hatte ich übernommen und hatte dasselbe so ziemlich zu Ende gebracht, als der Stadtvoater mich zur Ordnung rief und die Versammlung für geschlossen erklärte. Der „inkriminirte“ Satz lautete: „als im Jahre 1848 die heutigen Liberalen die Arbeiter zur Barrikade hegten“. In diesem Satze ist keine Unwahrheit enthalten, sondern es ist einfach ein geschichtliches Faktum erzählt, das allerdings den Herren Liberalen nicht angenehm klingt, den Arbeitern aber nicht oft genug wiederholt werden kann, um sie vor dem blauen Republikanismus zu bewahren; es liegt in diesem Satze aber außerdem weder eine Beleidigung noch eine Anfeindung zum Hass u. s. w. und doch brachte unser heißgeliebter Stadtvoater die Auflösung fertig. Doch das schönste kommt erst. Nachdem die Versammlung vom Bürgermeister selbst geschlossen gab er einem Andern das Wort. Dieser führte sich als Aushilfssozialdemokrat ein und wollte eben ein Loblied auf den heiligen Krieg anstimmen, als er von der äußerst zahlreichen Versammlung, die Anfangs von der Taktlosigkeit eines solchen Jahres ganz verblüfft war, stürmisch herabgerufen wurde. Der Tumult war ein ungeheurer und ist sehr bemerkenswerth, daß der Herr Bürgermeister sich zu dessen Dämpfung an das Bureau, welches er doch durch Auflösung der Versammlung außer Wirksamkeit gesetzt hatte, wendete, obwohl dasselbe die Tribüne bereits verlassen hatte. Hätten wir den Standal provoziert, würden wir jedenfalls zur Rechenschaft gezogen werden. Da man dies nicht kann, wird man die Verantwortlichkeit für solche Vorkommnisse auch in Zukunft übernehmen? Wir werden durch eine solche Behandlung nicht beirrt in unserem Streben nach Recht und Freiheit, denn solche Gegner sind die besten Agitatoren und wünschen wir nur noch, daß dem Herrn Stadtvoater recht bald der verdiente Orden werde; außerdem würden wir auch Nichts dagegen haben, wenn er

von Biemarck mit Ausarbeitung eines neuen Vereinsgesetzes be-
traut wurde.

Frankfurt a. M., den 1. Juli. (Für Steinbruder.) Da
an hiesigen Orte Strike ausgebrochen ist, so ersuchen wir alle
Collegen, den Zuzug nach hier fern zu halten, damit wir mit un-
seren Forderungen durchbringen können; es feiern 120 Mann.
Alle Anfragen u. s. sowie Unterstützung wolle man senden an
G. Müller, Kirchgasse 22 in Bockenheim bei Frankfurt a. M.
Für den Vorstand: G. Müller.

Königsberg, 20. Juni. In einer Versammlung des hiesigen
Hirsch-Dunder'schen Ortsvereins wurde ein Artikel gegen die So-
zialdemokratie verlesen. Derselbe enthielt auch Angriffe gegen Ed-
stein. Zufällig war Edstein anwesend und erbat sich das Wort.
Allgemeine Erregung des Vorkandes — Schneider Tiedemann,
Klempner Blind u. c. — und Winten mit dem überwachenden Crimi-
nalspizitor Hirsch. Ersterer erklärt als Vorsitzender, es finde
hier eine Mitgliederversammlung statt und Edstein dürfe nicht
sprechen. Unruhe und Unwillen. Ein Mitglied erklärt, man müsse
auch die Gegner anhören, zumal da diese in ihren Versammlungen
dazu noch extra aufforderten. Es wird abgestimmt und sind ca.
zwei Drittel der Ortsvereinsmitglieder dafür. Allgemeine Entrü-
stung und Gelächter, bei dem zweiten Vorsitzenden bedeutendes
Schütteln des Kopfes. Edstein kommt schließlich zum Wort und
fertigt die Gegner in halbständiger Rede gründlich ab. Der Vor-
leser hatte die Nationalwerkstätten Louis Blanc's von 1848 zu
Paris als Grund gegen unsere Bestrebungen für Genossenschaften
auf Staatscredit angeführt. Edstein legte die Thatfachen und
Ursachen dieser Spielerei zur Behörung der Arbeiter dar und führte
dagegen die Produktiv-Genossenschaften auf Staatscredit an, welche
bis zu Napoleon, 1852, der letzteren entzog, segens- und gewinn-
reich, obgleich bei 10 Prozent Staatszinsen, gewirkt hatten.

Hierauf wußte Niemand etwas zu entgegnen, wie auch auf die
Ausführungen über die confiscirte Maurerkasse zur Kennzeichnung
des fortschrittlichen Coalitiongesetzes.
Edstein's Rede wurde mit allgemeinem Beifall begrüßt, was
den Vorkleser, der nur einige Brocken Beifalles erhalten, bewog,
den Versammelten das heutige „Hosiannah“ und spätere „Kreuzige!“
Kreuzige!“ vorzuhalten.

Gelächter und Unruhe. Tiedemann droht mit der Polizei (er
wußte demnach, daß draußen ein Piquet Polizeisoldaten stand).

Darauf eine Pause von 5 Minuten.
Da wir mit Befriedigung constatirten, daß durch ein so jäm-
merliches Verfahren des Vorstandes auch den blödesten Augen der
Mitglieder die Schwäche ihrer Sache einleuchten mußte, zumal
Niemand unsere Ausführungen widerlegen konnte oder auch dieses
nur versuchte, verließen wir, ca. 100 Mann, mindestens eben so
viel wie die Ortsvereinsler, das Lokal, umsomehr, als wir viele
Skandalmacher bemerkten.

In den Zeitungen stand daraus, daß die Ortsvereinsler sich von
Edstein losgesagt, dieser mit 25 Mann Anhänger unmutig das
Lokal verlassen habe u. c. Also bei 25 Soz.-Dem. ca. 20 Polizisten.
Da reicht demnach unsere Polizei nicht mehr aus.

Wenn Herr Max Hirsch seine Ortsvereins am Herzen lägen,
so läme er selbst hierher und überließe sie nicht dem Schutze seines
Namenvetters, des Criminalspizitors Hirsch.

Gegen Edstein ist wegen seiner Aeusserungen in letzter Volks-
versammlung über die Presse Untersuchung eingeleitet worden, weil
er unsere Presbvertreter Mäner genannt hätte. Er nannte sie
die Verfasser der betr. verläumdenden Artikel und wird den Be-
weis der Wahrheit antreten.

Die Maschinenbauer werden d. 26. d. M. ihren Chefs ein von
Sämtlichen unterzeichnetes Ansuchen übergeben, worin sie den
Normalarbeitstag von neunehnhalf Stunden verlangen und Lohn-
zulage um zwöfseinhalb Prozent, Accortherhöhungen um 15 Prozent.
Etwa notwendige Ueberstunden mit 50 Prozent und Sonn-
tags- resp. Nachtarbeit um 100 Prozent.

A. Radtke.
Danzig, 17. Juni. Wie man hier in Alt-Preußen von den
Sozialdemokraten denkt, möge den Parteigenossen folgender Artikel
der „Neuen Bogen der Zeit“, einem hiesigen Blatte, zeigen.
Derselbe lautet:

„In Königsberg haben die Agitationen des sozialdemokratischen
Saubrotens Edstein bereits ihre bösen Früchte getragen. Der
Maurerstrife, welcher dort eine Menge von Excessen herbeigeführt
hat, in Folge deren eine große Anzahl Gefellen sich im Gefängnisse
befindet, ist wesentlich von diesem „Volksbeglücker“ in Scene ge-
leitet worden. Zur Unterstützung desselben ward kürzlich eine Strike-
Kasse gebildet, die nimmehr auf Grund des § 360 des Strafgeset-
buches von der Polizei mit Beschlagnahme belegt ist. In Folge dessen
hat gestern eine große Anzahl Gefellen die Arbeit wieder angenom-
men; gleichzeitig hat aber wieder eine Anzahl Maschinenbauer die
Arbeit eingestellt. Der Zustand der Verwilderung, von welchem
wir in unserem letzten Wirthschafts-Artikel bei den
Strikes sprachen, ist in Königsberg so recht grell hervorgetre-
ten. Es ist ja überhaupt nichts leichter, als gestützt auf bestechende
Phrasen und Anwohrheiten, den Samen der Unzufriedenheit in die
Volksmassen zu streuen und sie zu Haß und Thätlichkeiten aufzu-
reizen. Jede andere Stimme, die sich in solchen Versammlungen
hören läßt, um den Wortschwall der Phrase mit Gründen, die
Unwahrheit mit der Wahrheit zu widerlegen, wird einfach nieder-
geschrien, damit Niemand zum Ueberlegen komme. Das ist die
Taktik dieser Volksverführer und darin beruhen allein ihre traurigen
Erfolge.“

„It die Masse aufgewiegelt, dann verlassen sie den Ort und
bringen ihre Haut in Sicherheit. So hat es auch Edstein in Kö-
nigsberg gemacht. Hoffentlich werden die Früchte, welche das Maul-
heldenthum der Sozialdemokratie dort gezeugt hat, den Arbeitern
der Provinz die Augen öffnen.“

Es ist die alte Geschichte. Der Arbeiter ist stets der Verführte,
wenn er sich unterfängt, als Eigenthümer seiner Waare, der Ar-
beitskraft, aufzutreten. Daß die Verhältnisse es sind, die aus
zwingender Nothwendigkeit den Arbeiter sich ausleihen heißen gegen
das entwürdigende Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit, davon
will die Bourgeoisie nichts wissen. Inzwischen wird der Kultur-
kampf, denn das ist die Arbeiterbewegung im eminentesten Sinne
des Wortes, fortgekämpft werden, und keinerlei Verleumdung und
Verfolgung wird daran auch nur einen Deut ändern.“

Stöding, 29. Juni. Schuhmacher allerorts! Indem wir schon
vor 14 Tagen den Herrn Arbeitgebern die Forderung von 25 Proz.
Lohnerhöhung zukommen ließen und diese Forderung uns kurzweg
abgeschlagen ist, stellen wir Morgen, Montag den 30. d. M., die
Arbeit ein. Wir bitten den Zuzug fernzuhalten. Etwasige
Unterstützungen wolle man senden an den Kassirer Gustav Ruhn,
große Hommelstraße Nr. 19.

Breslau, den 28. Juni. Vor einigen Monaten wurde von
dem Mitgliede des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Tischler
Ahr, gegen unsere Parteigenossen Härber und Dehne eine
Klage auf „Verläumdung“ angestrengt, indem dieselben als Urheber

einer von unserer Partei ausgegangenen Flugchrift bezeichnet waren,
in welcher dem Ahr Unterschlagung und Postfälschung bei der
Verwaltung der Waldenburger Strikelasse vorgeworfen wurde.
Gleichzeitig prüfte Parteigenosse Geiser nochmals die in dieser An-
gelegenheit vorhandenen Papiere und übergab dieselben zur Ein-
leitung einer Untersuchung der Staatsanwaltschaft, zugleich mit
einem Briefe der Oberpostdirektion zu Breslau, in welchem die
Fälschung eines Postscheins, d. d. 29. Januar 1870, von 40 auf
44 Thaler bestätigt wird. Länger als 3 Monate wurde die Vor-
untersuchung geführt, bei der der ehemalige Schapmeister der Ge-
werkbereine der Waldenburger, Bergarbeiter Schlaupitz, die eibliche
Ansfage abgab, von Ahr in Summa 1378 Thaler empfangen zu
haben, — eine Zahl, die mit den Postscheinebelegen stimmt, wenn
der erwähnte Postschein vom 29. Januar 1870 zu 40 Thaler an-
genommen wird. Trotdem hat die Staatsanwaltschaft vor einiger
Zeit die Einleitung der Untersuchung abgelehnt mit der Be-
gründung, daß, wenn man auch die Postfälschung als er-
wiesen annehme, doch noch nicht der Nachweis der gewinnfächtigen
Absicht geführt sei, da Schlaupitz ja beschwor, 1378 Thaler er-
halten zu haben, was den Postscheinebelegen entspreche. Nun hatte
aber nach den vorliegenden Belegen — den Postschein vom 29. Jan.
1870 zu 44 Thaler angenommen, wie man dies um eine gewinn-
fächtiger Absicht zu leugnen, thun muß — Ahr nicht 1378 Thaler
sondern 1382 Thaler abzugeben, folglich macht die Staatsanwalt-
schaft offenbar einen Additionsfehler.

Es war dies der einzige Punkt, wo sich ein schlagender Be-
weis der Unterschlagung genau führen ließ.

Es ergibt also hieraus, daß eine preussische Staatsanwaltschaft,
um die Verfolgung einer Person, die Arbeitergelder veruntreut zu
haben angeklagt ist, nicht bloß einen offenkundigen Additionsfehler
macht, sondern überhaupt die merkwürdige Ansicht ausspricht,
Jemand fälsche Postscheine — bloß zum Zeitvertreib — ohne ge-
winnfächtigen Absicht. Die Angelegenheit ist jetzt der Oberstaats-
anwaltschaft überwiesen worden.

Briefkasten

der Expedition. Hütbergew. Berlin Ann. Nr. 53. 5 Gr. C. Sch.
in L. Die Annoncen kosten 6 Hbr. 12 Gr. Schuhr dr. Kr. München
Ann. 13 Gr. Schlosser. München Ann. 6 Gr. Koenneke Spandau:
Die Expedition besördert die Pakete rechtzeitig zur Post, wenn dennoch
Unregelmäßigkeiten vorkommen, trägt nur die Post die Schuld. Blsmr
hier Ab. 25 Gr. Amrdreit Gebda Ab. 19 Hbr. 7 Gr 5 Pf. Sch.
1 Hbr. Wtr das. Ann. 4 Gr. Nhg vier Schr. 20 Gr. J. Trf Dard-
sburg Ab. 4 Hbr. 20 Gr. J. A. Erge Habeln Ab. 60 Hbr. Dm
hier Ab. 13 Gr. Pris Cntrisch 21 Gr. 5 Pf. Hsmfr Sorau Schr. 6 Gr.
Ann. 24 Gr. Schr. Hppnd Schr. 12 Gr. J. A. München 2. Du.
18 Hbr. 18 Gr. 5 Pf. Schr. 1 Hbr. 23 Gr. 5 Pf. Schneider. Daf.
Ann. 13 Gr. Schlosser. das. Ann. 6 Gr. Kdmw Berlin Schr. 12 Gr.
A. Hial Oslau 3. Du. 16 Gr.

der Redaktion. Nach Magdeburg: Ein Mitredakteur der „Demokratischen
Zeitung“ Namens Wlke ist uns nicht bekannt. Auch ist gemannt
Statt kein Particorgan.

Fond für pol. Gemäßigete.

B. Pflm. Wldensels, wenig mit Liebe, 17 Gr.

Berlin Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Besirkoversammlungen.
Montag den 7. Juli, Abends 8 Uhr:
Budwig Lokal, Admiralsstraße 11, Eingang vom Hof:
Vortrag von Kuer. Verschiedenes.
Dienstag den 8. Juli, Abends 8 Uhr:
Landwehrstraße 11 — bei Meißner:
Referat und Discussion über die Lohnbewegung der Weberbranche.
Die regste Theilnahme an beiden Versammlungen wird den Mit-
gliedern zur Pflicht gemacht; ebenso die Zuführung von Gästen.
Sonntag: gemü hliche Zusammenkunft bei Brettschneider.
Das Agitationscomité.

Berlin Allgemeiner Södtcher (Küper) Verein.
Dienstag, den 8. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung
im Heise'schen Local, Landbergerstr. 15. — Tages-Ordnung: Vereins-
angelegenheiten.
NB. Da Viele unserer Collegen jetzt gemäßiget werden, so bitten
wir die auswärtigen Collegen, den Zuzug fern zu halten.
Der Bevollmächtigte.

Berlin Man abonniert vom 1. Juli ab auf den „Volksstaat“
monatlich 1 1/2 Sgr. frei ins Haus, bei den Herren Kraut-
mann, Engelauerstraße 6b, 4 Tr.; Friese, Schwedterstraße 28, Hof part.;
Wagner, Linnestraße 79; Heinisch, Lindenstraße 11, Hof 4 Tr. bei Grewt;
Breyer, Kopenstr. 26; Schwoibe, Stettinerstr. 43, Hof part. [M]

Braunschweig Internationale
Metallarbeiter-Genossenschaft.
Die Versammlungen finden jeden Mittwoch Abend regelmäßig bei
Schellbach, alte Knochenbaurstraße 13 statt.
Der Bevollmächtigte: E. H. Müller, Scharnstraße 22, II.

Frankfurt a. M. Die Parteigenossen versammeln sich
jeden Samstag Abends 9 Uhr im
Gasthaus zur Stadt Kreuznach, Dominikanergasse 10.
NB. Der „Volksstaat“ liegt in folgenden Wirthschaften aus: Schwab,
Papageierstraße; Stelzenseis, alte Mainzerstraße; sowie bei Eitz, Kanne-
gießerstraße, welche wir den Parteigenossen empfehlen. (M)

Frankfurt a. M. Buchbinderverein.
Allen zureichenden Collegen zur Notiz,
daß sich unser Lokal in der Stadt Kreuznach, Dominikanergasse Nr. 10,
befindet, woselbst jeden Montag Abend Versammlung stattfindet.
F. Walther, I. Bors. W. Hornoff, I. Schrift.
Breitagasse Nr. 44, 2. Etage. Paradiesgasse 35.

Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Montag, den 7. Juli, Abends um 9 Uhr: Versamm-
lung in Hanja's Clublokal, Schauenburgerstraße 14. — Tagesordnung:
Die Gewerkschaften, Vortrag von Ld. Jord.
Gäste haben Zutritt.

Hamburg Allen Klempnern und Gas- und Wasserrohrlegern
zur Nachricht, daß während der Dauer des Strikes
nur Arbeit nachgewiesen wird: Schoppenstraße 22 im Vereinslokal.
Das Strike-Comité.

Leipzig Gewerkschaft der Töpfer.
Dienstag, den 8. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung in
der Restauration von Schäfer, Nikolaisstr. 51. — Tagesordnung: „Die
Produktionsgenossenschaften“.
Der Vorstand.

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonntag, den 5. Juli: Versammlung bei Feidler, gr.
Windmühlenstr. 7.
Zadreiches Erscheinen ist notwendig. D. B.

Leipzig Arbeiterbildungsverein.
Wittwoch, den 9. Juli: Vortrag über Entstehung der
verschiedenen Religionen.
Sonntag, den 12. Juli: Vortrag über Entstehung der Klein-
staaten in Deutschland.
Jeden Sonntag: Von 1—3 Uhr Zeichen.
Montag, Abends halb 9 Uhr: Gesang, Turnen, Rechnen
Stenographie.
Dienstag: Deutsche, englische und französische Sprache.
Jeden Abend Aufnahme neuer Mitglieder. Monatsbeitrag 5 Gr.
Vereinslokal Ritterstraße 43, 2 Tr.

Leipzig Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.
Wittwoch, den 9. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung bei
Dieckhoff, Gewandhäuser Nr. 4, 1 Tr. — Tagesordnung: Dringende
Vereinsangelegenheiten.
Zadreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.
Der Bevollmächtigte.

Thonberg Arbeiterverein für Thonberg und Umgegend.
Montag, den 7. Juli: Versammlung — Vortrag
von Folgt.
Der Vorstand.

Zwidau Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Unsere Mitgliederversammlungen finden bis auf weiteres
jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, im Lokale der „Volksballe“, bei Herrn
Dehauer, statt. [S.] Der Bertranenmann.

Von dem im Verlage des Unterzeichneten erschienenen, mit so vielem
Beifall aufgenommenen Bilde:

Ferdinand Lassalle,
der Kämpfer gegen die Kapitalmacht
hat ein zweiter Abdruck die Presse verlassen und ist zu den früheren, be-
stimmten Bedingungen zu beziehen:
1 Exemplar 7 1/2 Sgr., 11/10 Exemplare zusammen bezogen 2 Thlr.
Als würdiges Pendant zu obigem Bilde erschien in demselben Verlage
Bundeslied
der deutschen Sozialdemokratie.
Treffend illustriert von C. Klein, demselben, welcher das Bild Las-
salle's entworfen.
Preis 1 Exemplar 7 1/2 Sgr.
11/10 Exemplare zusammen bezogen 2 Thlr.
Beide Bilde sollten als passende Zimmer-Plerde in der Wohnung
eines wahren Sozialdemokraten nicht fehlen.
Gegen Franco-Einsendung des Betrages werden dieselben den geehr-
ten Bestellern sofort der Post zugesandt.
Eldersfeld, im April 1873. J. G. Born, Verleger. (m238)

Zur Beachtung.
34 wohnt jetzt Amfudr Nr. 4. Valentin Fundstein.
Hannover, 2/2 1873. Vorsitzender der Genossenschafts-Tischler.

Ein tüchtiger
Bürstenmacher-Gehilfe
(wemöglich Parteigenosse) findet unter vortheilhaften Bedingungen dauernde
Beschäftigung bei
C. Hoffmeister,
Bürstenfabrikant in Sorau N. L.

Todes-Anzeige.
Allen Parteigenossen zur Nachricht, daß unser treuer Freund und
unerschütterlicher Kämpfer für Recht und Freiheit
Heinrich Daak,
Schneider, im 46. Lebensjahre nach langen Leiden gestorben ist.
Söppingen (Würtbg.), 30. Juni 1873. Die Parteigenossen.

An die Sozialdemokraten Sachsens.
Gegen die Einberufung einer Landesversammlung der sächsischen
Sozialdemokraten, welche den Zweck haben soll, über ein einheit-
liches Vorgehen bei den nächsten Reichstagswahlen und über die
aufzustellenden Candidaten schlüssig zu werden, und welche für den
13. Juli d. J. angelegt war, ist weder von einer Parteigenossen-
schaft noch einem einzelnen Mitgliede Widerspruch erhoben worden.
Nur der Parteiauschuß zu Hamburg hat sich für Abhaltung
der Versammlung nach dem Congreß ausgesprochen und die Re-
daktion des „Dresdner Volksbete“ hat sich dem angeschlossen.
Die Chemnitzer Parteigenossen haben in ihrer gestrigen Sitzung
die Einwendungen des Auschusses geprüft und mit allen gegen
eine Stimme sich dahin ausgesprochen, an dem früher gefaßten
Beschlusse festzuhalten.
Es ergeht deshalb nunmehr die definitive Einladung an
alle sozialdemokratischen Parteigenossen in Sachsen, sich
Sonntag, den 13. Juli d. J.
in Chemnitz entweder persönlich einzufinden oder sich durch Dele-
girte vertreten zu lassen.
Diejenigen Parteigenossen, welche schon Sonnabend, den 12. Juli,
eintreffen können, um der in Aussicht genommenen Volksversam-
lung beizuwohnen, werden gebeten, dies ehebaldigst anzuzeigen.
Weitere Mittheilungen über die Stunde, zu welcher die Lan-
desversammlung beginnt, den Empfang der eintreffenden Genossen u.
c. behalten wir uns vor.
Chemnitz, am 2. Juli 1873.
Das Comité zur Einberufung der Landesversammlung sächsischer
Sozialdemokraten.
p. Adv.: Redaktion der „Chemnitzer Freien Presse“.

Zur allgemeinen Kenntniß
bringen wir, daß Inserate für die nächste Nummer nur bestimmte
Aufnahme finden, wenn das betr. Manuscript hierzu längstens bis
Montag, Mittwoch oder Freitag Mittags in unseren Händen ist.
Inserate bitten wir an uns zu adressiren.
Die Expedition des „Volksstaat“

Bekanntmachung.
Die Filialexpeditionen werden hiermit aufgefordert, den Betrag
für das II. Quartal, soweit es nicht schon geschähen, binnen ach-
Tagen einzusenden.
Ebenso werden auch jene Abonnenten, welche das Blatt per
Kreuzband beziehen und pro II. Quartal hierfür noch im Rück-
stande sind, ersucht, sofort den Betrag einzusenden, wie für das
III. Quartal pränumerando zu bezahlen.
Die Expedition des „Volksstaat“.

Zur Notiz
allen Volksstaatabonnenten, daß bei dreimaligem Erscheinen
allen deutschen Postanstalten Monatsabonnements angenommen
werden müssen.
Die Expedition des „Volksstaat“.

**Filialexpeditionen, welche im Besitz von unanbringlichen
Heften Nr. 2, 3 und 4 von Marx „Kapital“ sind, werden
gebeten, solche recht bald zu remittiren.**
Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Berantw. Redakteur C. Casper. (Redaktion und Expedition
Zeigerstr. 44). Druck und Verlag der Genossenschafts-Druckerei.